

Auszugsweise Mitschrift

der Sitzung des Sonderausschusses Flüchtlinge der Bezirksversammlung Altona vom 10.05.2016, 18.00 Uhr im Kollegiensaal (Rathaus Altona)

TOP 1. Öffentliche Fragestunde

Da sich die Fragen der Öffentlichkeit ausschließlich auf TOP 4 (Baurstrasse s.u.) bezogen wurde der Tagesordnungspunkt mit TOP 4. Verbunden und nach hinten verschoben.

TOP 2. Gynäkologische Versorgung von geflüchteten Frauen in Zentralen Erstaufnahmen

Angemeldet von der Fraktion GRÜNE

Referentin: Vertreterin des Women's Health Team for Female Refugees

Im Rahmen dieses Tagesordnungspunktes erfolgte eine sehr aufschlussreiche Präsentation zu den Anforderungen und Bedingungen der ärztlichen Versorgung von geflüchteten Frauen in Zentralen Erstaufnahmen. Es gibt ein Team von Gynäkologen und Hebammen, hervorgegangen aus einer Initiative die sich im Karo viertel gegründet hat.

(Anm. VIN-RISSEN: Weitere Informationen zu dem Team und der Initiative auf www.rwkaro.net).

Die Referentin hat den Abgeordneten zugesagt, ihre Präsentation zur Verfügung zu stellen.

Bemerkenswert war der Hinweis, dass Schwangere und Wöchnerinnen nicht in Massenunterkünfte gehörten.

Herr Dr. Nießen vom Gesundheitsamt Altona führte aus. Das Gesundheitsamt Altona sei zuständig für alle ZEA Praxen. Diese leisteten (ausschließlich) eine Basis First Line Versorgung. Man wolle keine kleinen Polikliniken entstehen lassen. Ziel sei eine möglichst schnelle Überführung/Überleitung der Flüchtlinge ins medizinische Regelsystem.

Ein Herr Otto hat 10 Container gestiftet, die mit einer Einrichtung für Übersetzungen per Video ausgerüstet seien. Einer davon soll in der Schnackenburgallee aufgestellt werden.

(Anm. VIN-RISSEN: Welche Auswirkung diese Mechanisierung des Arzt-Patienten-Kontaktes für die Qualität der Medizinischen Versorgung haben kann, wurde nicht weiter diskutiert.)

Das Rattenproblem in der Schnackenburgallee ist inzwischen gelöst.

Es ist schwierig, Ärzte und Hebammen ehrenamtlich einzusetzen, weil es für diese Kräfte keine Haftpflichtversicherung gebe und man es Ehrenamtlichen nicht zumuten wolle oder könne, sich auf eigene Kosten zu versichern. Darüber sei man aber mit den Haftpflichtversicherern im Gespräch.

TOP 3. Zentrale Erstaufnahme Schnackenburgallee

Referentinnen: Frau Anger und Frau Pierenkämper
fördern & wohnen AöR

Es hatte eine Besichtigung der ZEA Schnackenburgallee durch die Abgeordneten des Ausschusses stattgefunden. Frau Pierenkämper (fördern & wohnen – f&w) berichtet. Die Flüchtlingszahlen seien

zurückgegangen. Deshalb sei die ZEA nicht mehr voll belegt. Mit einer Belegung mit 1.342 Flüchtlingen sei die Sollkapazität von 1.900 Flüchtlingen nicht ausgeschöpft. Es gebe nicht viele neue Flüchtlinge. Frau Pierenkämper bestätigt, dass f&w bezogen auf die Bewohnerstruktur der ZEA Schnackenburgallee alle Zahlen vorliegen.

Genannt wurden folgende Zahlen (die in den Summen nicht ganz aufgehen):

Bewohner: Alter/Geschlecht		Gesamt
Kinder 0-2 J.	36	
Kinder 3-5 J.	35	
Kinder 6-9 J.	47	
Kinder 10 – 14 J.	43	
Jugendliche 15 -17 J.	38	
Kinder/Jugendliche (gesamt)		209
Männer		984
Frauen		155
Insgesamt		1.342

Das Verhältnis Männer zu Frauen habe sich verändert. Es gebe nur noch 1/5 Frauen. Früher sei das Verhältnis Männer/Frauen 2/3 zu 1/3 gewesen.

Es gebe 138 Familien.

38 Kinder würden am Goethegymnasium beschult.

Hauptherkunftsländer der Flüchtlinge seien in dieser Reihenfolge absteigend: Syrien, Afghanistan, Irak, Iran Eritrea, Albanien

In der Schnackenburgallee sind 2 Ärzteteams im Einsatz

Belegungsmanagement erfolge durch Mitarbeiter von f&w in der Harburger Poststraße

Die Weiterverlegung der Familien in Folgeunterkünfte ist abhängig von einer Reihe von Kriterien: Dazu gehört die Struktur für Familien der jeweiligen Folgeunterkunft vor Ort, d.h. der Anzahl von dort schon untergebrachten Familien (positives Kriterium).

(Anm. VIN-RISSEN: Per 31. 3. 2016 hatte das Pavillondorf Sieversstücken folgende Belegung:

volljährig männlich	volljährig weiblich	minderjährig
244	43	50

Bei Anwendung des vorgenannten Kriteriums von f&w wird f&w die Einrichtung Sieversstücken also weiterhin vorwiegend mit volljährigen männlichen Personen und weniger mit Familien belegen. Bleibt es bei dem prozentualen Anteil von über 72 % und der geplanten Belegung von 800 Personen werden in Sieverstücken voraussichtlich etwa 580 volljährige männliche Personen leben. Davon werden voraussichtlich 33 % Afghanen, 30 % Syrer, 13 % Iraker und die übrigen sonstige sein (vgl. Bürgerschaft Drucksache 21/3913 vom 12.04.16: Schriftliche Kleine Anfrage der Abgeordneten Karin Prien (CDU) und Antwort des Senats).

Auch gelte so Frau Pierenkämper (f&W) weiter: „Familien kommen dorthin wo Ehrenamtliche sind und wo gute Strukturen für Flüchtlinge sind.“

(Anm. VIN-RISSEN: Im Umkehrschluss bedeutet das, dass dorthin wo es nach Ansicht von f&w keine ausreichende Zahl von Ehrenamtlichen gibt, weniger die Familien und dafür die in überwiegender Zahl vorhandenen allein reisenden Männer hinverlegt werden – oder anders gewendet, die Stadtteile, die nicht genug Ehrenamtliche stellen, und, wie es der Abgeordnete Trede (GRUENE) schon einmal in der Bezirksversammlung formuliert hat „ihre Verpflichtungen nicht leisten“ bekommen halt allein reisende Männer – eine durchaus bemerkenswerte Haltung der Politik gegenüber dem Bürger.

VIN-RISSEN wird bei f&w nachfragen, was das für Sieversstücken/Suurheid bedeutet, VIN-RISSEN wird f&w auch um Veröffentlichung des genannten Kriterienkatalogs für die Belegung der Folgeunterkünfte bitten und berichten).

Die Aufenthaltsdauer der Bewohner in der ZEA Schnackenburgallee beträgt bei allein stehenden Männern durchschnittl. 10 Monate, bei Familien 7 Monate. Die Familien gingen als erste raus.

Es gibt lange Wartezeiten für die Integrationskurse. Da Afghanen wegen ihrer Anerkennungsquote (derzeit 49,6 %) keinen Anspruch auf Deutschkurse haben, werden die Deutschkurse für Afghanen von Ehrenamtlichen übernommen.

Es gingen mehr Männer als Frauen zum Deutschkurs. Unerwähnt blieb ob das allein an der höheren Zahl der Männer liegt oder andere Ursachen hat.

Die Analphabetenquote sei ein Thema. Ein Kurs für Analphabeten reiche definitiv nicht.

Die Durchsetzung der Schulpflicht ist ein Thema, und zwar immer gewesen, es gibt vereinzelt Familien, die sich weigern die Kinder in die Schule zu schicken. Es werde so vorgegangen wie bei einem deutschen Kind. Es gebe dann die üblichen Gespräche mit den Eltern. Blieben diese erfolglos, ergehe dann eine Meldung an die Schulbehörde.

TOP 4. Wohnungen für Flüchtlinge in der Baurstrasse

Zu Beginn berichtete Frau Schaper-Armbrust:

Der Bauherr, ein privater Eigentümer, hat einen Bauantrag in Vorbereitung. Dieser ist noch nicht gestellt. Es geht um 170 Wohneinheiten als 2 – 3 Zimmer Wohnungen. Die Aufteilung ist offen.

Der Standort wurde aufgrund eines Beschlusses der Bezirksversammlung aufgrund einer Mitteilung des Senats, der Bezirk solle im Rahmen Flächen für 800 Wohneinheiten für Flüchtlinge mit der Perspektive Wohnen melden, ausgewählt. Der zunächst allein vorgesehene Standort Rissen-Suurheid sei auf 400 Wohneinheiten für Flüchtlinge und 200 Wohneinheiten für Nicht-Flüchtlinge reduziert worden.

Nunmehr seien für die übrigen 400 Wohneinheiten drei Ersatzstandorte vorgesehen:

- Baurstrasse
- Grosse Brunnenstrasse
- Gaußstrasse

Für keinen der Standorte (einschließlich Rissen) sei bislang ein Bauantrag gestellt worden.

Die drei Flächen sind im Privatbesitz. Es besteht keine Planung, dass Sportflächen bebaut werden sollen.

So dann führte Frau Schulze-Müller (SPD) u.a. aus:

Morgen (am 11. 05. 2016) finde ein Infoabend statt. Die SPD werde die von den Anwohnern der Baurstrasse eingereichten Fragen beantworten.

(Anm. VIN-RISSEN: Von der SPD liegen bislang keine Antworten zu den am 18. November 2015 den Fraktionen der Bezirksversammlung eingereichten Fragen vor. VIN-RISSEN wird bei der SPD nachfragen und berichten.)

Im Bezirk Altona lebten noch > 7.000 Menschen in ZEAs. In Bahrenfeld seien > 3.000 Menschen unterbracht. Bahrenfeld sei ein Beispiel für gute Integration. Es gebe KITAs, Schulen usw., die einzubeziehen seien.

Die Baurstrasse sei Teil des Komplexes der 800 Wohnungen.

Dr. Lembke (GRUENE) verweist u.a. auf die Informationsveranstaltung am 11. 5. 2016. Dort finde ein Dialog über die Integrationsaufgabe statt. Es sei keine offizielle Infoveranstaltung.

Herr Grutzeck (CDU) verweist darauf, dass in der Baurstrasse nach Baurecht (§ 246 Abs. 14 BauGB) nur für Unterbringungen für Flüchtlinge gebaut werden könnten, die dann später in Wohnungen umgewandelt werden könnten. Es ginge hier um eine Anlage für soziale Zwecke in einem Gewerbegebiet. Hier gibt es einen Bebauungsplan.

Die Wohnungen würden mit 5 Personen im Schnitt belegt.

Mit den Bürgern werde nicht über das „Ob“ sondern nur über das „Wie“ gesprochen.

(Anm. VIN-RISSEN: Damit übernimmt die CDU als Opposition die antidemokratische Haltung des SPD geführten Senats. Das verstehe wer will).

Die Frage sei, was „wir“ die aktuelle Politik, „Sie“ als Anwohner und die Verwaltung tun könnten um zu einem Miteinander zu kommen. Hier sei auch die Frage bei ca. 800 Menschen, ob das machbar sei, die zu integrieren. Für die CDU gebe es eine absolute Obergrenze bei 600 Menschen, die integriert werden könnten.

(Anm. VIN-RISSEN: Wenn das so ist müsste die CDU bei einer Einrichtung mit mehr als 600 Menschen aber doch über das „Ob“ reden wollen).

Es folgte eine lebhafte Diskussion an der noch verschiedene Abgeordnete auch von den GRUENEN und der LINKEN teilnahmen. Die Bürger der Baurstrasse erhielten ausführlich Gelegenheit, Ihre Fragen zu stellen und ihre Hinweise vorzutragen. Diese wurden von den Fraktionen dann auch in unterschiedlicher Weise beantwortet. Auch wurde von allen Fraktionen zugesagt, dass die Fragen der Anwohner aus der Baurstrasse im Nachgang beantwortet würden.

(Anm. VIN-RISSEN: Außer von der AfD, von der sich während der gesamten Diskussion niemand gemeldet hat, und in Bezug auf die bis zum Schluss für den Zuhörer nicht klar war, ob die überhaupt anwesend war.)

Aus dieser Diskussion die sehr umfassend war, lediglich folgende Hinweise:

Ein von den Bürgern aus der Baurstrasse aufgeworfenes Thema war die unterschiedliche Belastung der Stadtteile, gerade auch im Hinblick auf die benachbarten Elbvororte.

Der Abgeordnete Hasan Burgucuoglo (DIE LINKE) verwies in seinem umfassenden Statement auch unter Hinweis auf seine eigene Migrationsgeschichte auf die besondere Bedeutung der Arbeit für den Erfolg von Integration. Seine Integration habe begonnen, als er eine Wohnung und Arbeit hatte.

Hervorzuheben ist auch die Position der FDP: Diese wendet sich grundsätzlich gegen große Folgeunterkünfte und ist der Ansicht, dass das Problem über Sozialwohnungen gelöst werden soll.

Hinzuweisen ist auch die Bemerkung von Frau Schaper-Armbrust, dass es einen Arbeitskreis geben soll. Der Arbeitskreis soll die Initiative der Bevölkerung sein.

(Anm. VIN-RISSEN: Hier wurde wieder einmal die Haltung von Politik und Verwaltung deutlich gemacht: Politik und Verwaltung machen die Vorgaben, die Bürger machen die Arbeit – umsonst versteht sich).

Gez. Klaus Kamlah, VIN-RISSEN